

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 19 (1939-1940)
Heft: 12

Artikel: Die Parole
Autor: Stocker, Werner
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-333864>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Volke hervorginge. Der Bundesrat hat bisher zu den Vorschlägen der «Neuen Helvetischen Gesellschaft» noch nicht Stellung bezogen. Er hat gerade damit wiederum gezeigt, wie lange er zaudert, bis er politisch klare Erkenntnisse gewinnt und wie lange er braucht, bis er sicher und hingebend Entscheide treffen kann.

Handlungen und Taten erwecken Vertrauen. Der Bundesrat soll handeln und damit das Vertrauen des Volkes sich erringen.

Die Parole

Von Werner Stocker.

Umlernen! heißt die Parole des Tages. Sie kam aus dem Munde des Bundespräsidenten; sie wurde von der gesamten Presse übernommen; sie findet im Volke sichtlich Anklang.

Umlernen! Wie sehr können wir Sozialdemokraten mit dieser neuen bundesrätlichen Weisung einverstanden sein! Denn für uns ist ja die Aufforderung und Erkenntnis, daß es umzulernen gelte, nicht ganz neu. Seit Monaten und Jahren haben wir in wichtigen Landesfragen eine Wandlung der Gesinnung und eine Umstellung der Methoden gefordert. Mit Genugtuung haben wir auch wiederholt feststellen können, daß im Bundeshaus und bei gewissen bürgerlichen Parteien eine solche Wandlung sich allmählich ankündigte. Um so mehr soll es uns freuen, wenn diese Haltung jetzt in der bundesrätlichen Forderung des Umlernens ihren klaren, unzweideutigen Ausdruck findet.

Indessen scheint uns immer noch reichlich viel Unklarheit über den *Sinn* und die *Richtung* dieses notwendigen Umlernens zu herrschen. Man redet — vor allem in bürgerlichen Redaktionsstuben — laut und viel vom «Versagen alter Methoden», von neuen Wegen, die man beschreiten müßte, von «grundstürzender» Umstellung.

Was aber soll nun *geschehen*? *Wer* hat versagt, und *was* hat versagt? *Wer* weist den neuen Kurs, und *wohin* geht dieser Kurs? — Es ist nicht überflüssig, auf diese Frage etwas näher einzutreten.

Den konkreten Inhalt der im übrigen etwas dunkeln Rede des Bundespräsidenten vom 25. Juni bildet die Forderung: Arbeit schaffen, koste es, was es wolle! Mit andern Worten: Arbeitslosigkeit ist eine *politische* Gefahr — Arbeitsbeschaffung ein so wichtiger Teil der Landesverteidigung wie die militärische Rüstung und Bereitschaft.

Erinnern wir uns, daß es mehrjähriger, harter Kämpfe bedurfte, bis diese Erkenntnis im Bundeshaus durchbrach. Es bedurfte, um nur einige Beispiele zu erwähnen, in der Bundesversammlung der Motionen, Postulate und Interpellationen Huggler (1932), Bringolf (1933), Grimm (1934), Perret (1934), Kägi (1936), Schmidlin (1937), Müller-Biel (1937 und 1939), Schmid-Solothurn (1937), Wenk (1938), Briner (1938). Es bedurfte der sozialdemokratischen *Arbeitsbeschaffungsinitiative* von 1936 und ungezählter Aktionen in der Arbeiterpresse, in Demonstrationsversammlungen, in sozialdemokratischen Eingaben an die verantwortlichen Behörden.

Der maßgebende Teil des schweizerischen Bürgertums lehnte lange, allzulange diese Vorstöße ab. Am 9. Oktober 1934 erklärte eine bundesrätliche Botschaft:

«Die direkte Arbeitsbeschaffung durch öffentlichen Auftrag ist die weitaus teuerste Art der Arbeitslosenfürsorge. Angesichts des notorischen Rückgangs der Einnahmen müssen Ausgaben tunlichst vermieden werden, selbst wenn sie an und für sich nützlich wären.»

Am 6. März 1935 sagte der Bundesrat:

«Es ist in einem Lande, dessen Wirtschaft von den ausländischen Einflüssen so stark abhängig ist, wie das unsrige, vollständig ausgeschlossen, von vornherein fertige Projekte aufzustellen, da die Entwicklung der Dinge und die neu auftretenden Schwierigkeiten nicht vorausgesehen werden können. Niemand bedauert mehr als der Bundesrat, daß wir nicht in der Lage sind, die Gesicke unserer Wirtschaft richtunggebend zu bestimmen.»

Am 13. Februar 1937 ließ der Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements sich wie folgt vernehmen:

«Ich betrachte die von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz aufgelegte Initiative für Arbeitsbeschaffung als eine *unnötige* Aktion...»

Mit Botschaft vom 12. Oktober 1937 erklärte der Bundesrat wiederum:

«Es ist eine Selbsttäuschung, wenn man annimmt, durch eine große staatliche Kraftleistung sei es möglich, eine darniederliegende Wirtschaft in eine einigermaßen normale Funktion zurückzusetzen... Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit in der Schweiz hängt in erster Linie von der natürlichen Wiederbelebung der Ausfuhr und des Fremdenverkehrs ab.»

In voller Unterstützung dieser bundesrätlichen Ansichten schrieb die «NZZ» am 18. April 1937:

«Es handelt sich heute darum, ob wir nach einer mehrjährigen Periode schärfster Staatseingriffe, hochgezuchteten Staatsinterventionismus und ausgedehntester Stützungsaktionen die Chance ergreifen wollen, wieder in der Richtung einer Lockerung aller dieser Eingriffe zu marschieren, oder ob wir diesen Staatsinterventionismus weiter treiben wollen — bis zur Erstarrung der Wirtschaft in einem Panzer bürokratischer ‚Planung‘...»

Ganz ähnlich orakelten damals und später noch die «Basler Nachrichten», das Luzerner «Vaterland» und andere große bürgerliche Zeitungen.

Allmählich aber setzte dann doch unter dem Druck der Ereignisse das *Umlernen* ein. Am 30. April 1939 — wenige Monate vor Kriegsausbruch — hörte man plötzlich aus dem Munde des Leiters des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements ganz andere Töne als die bisher gewohnten:

«Was wir mit unserem Arbeitsbeschaffungsprogramm unternehmen, ist nicht nur Arbeitsbeschaffung für die Arbeitslosen; es ist zugleich *Wirtschaftsförderung von Staates wegen*.»

Wir hörten die Botschaft — und wenn manchem Sozialisten der Glaube an diese bürgerliche Umstellung noch fehlte, so konnten wir

nun in der Tat sehr bald eine neue Haltung des Bürgertums feststellen: Die bisher so sehr geschmähten Gedanken der Arbeitsbeschaffungsinitiative, dieser von den «Basler Nachrichten» so übel behandelten «zweiten Auflage der Staatsbankrottinitiative» — gemeint war die Kriseninitiative — fanden nun *allgemeine* Anerkennung. Die von fast allen bürgerlichen Parteien gemeinsam mit der Sozialdemokratie unterstützte große Landesverteidigungs- und Arbeitsbeschaffungsvorlage übernahm die wesentlichen Vorschläge unserer Initiative und wurde am 4. Juni 1939 mit eindeutigem Mehr vom Volke angenommen. Das *sozialistische* Postulat «Arbeitsbeschaffung um jeden Preis!» hatte einen ersten Sieg errungen.

Wir haben auf unserer Seite nie verhehlt, daß wir diese beginnende Umstellung des Bürgertums anerkennen und uns darüber freuen. So erklärten wir in den Instruktionen an die Vertrauensleute der SPS. im August 1939:

«Mit Genugtuung darf die SPS. dieses *Umlernen* der schweizerischen Magistraten feststellen.» . . .

Und schon in einer Eingabe der Geschäftsleitung der SPS. an den Bundesrat vom 7. Juni 1939 hatten wir im gleichen Sinne geschrieben:

«Die europäischen Ereignisse haben im Lager der ursprünglichen Gegner einer weitgehenden und wirksamen Arbeitsbeschaffung eine gründliche Wandlung herbeigeführt. Aus der bundesrätlichen Botschaft wie aus den Kundgebungen des von Vertretern fast aller Landesparteien gebildeten Aktionskomitees geht die allgemeine Anerkennung des Grundgedankens der Volksinitiative der SPS hervor: Arbeitsbeschaffung ist ein ebenso wichtiger Teil der Landesverteidigung wie der Ausbau der militärischen Sicherheit; sie bedeutet daher eine staatliche Aufgabe allerersten Ranges, für welche kein Opfer zu groß sein darf.»

Warum stellen wir diese *Tatsachen* heute fest?

Gewiß nicht, um uns damit zu brüsten, daß wir die ersten waren, die für das heute so allgemein proklamierte *Umlernen* eintraten. Die schweizerische Sozialdemokratie hat heute, mit dem ganzen Schweizervolk, andere Sorgen, als auf noch so wohlverdienten Lorbeeren auszuruhen. Wir könnten uns begnügen, ganz im stillen uns darüber zu freuen, daß jetzt endlich das *Umlernen* dort eingesetzt hat, wo bisher das *Versagen* gegenüber den Forderungen des Tages herrschte. Aber wir müssen uns mit aller Schärfe zur Wehr setzen gegen *eine* Erscheinung der letzten Zeit: gegen *jene* Auslegung und Umdeutung des «*Umlernens*», die einer Verfälschung und Vergiftung unseres politischen Lebens gleichkommt. Wenn Erneuerer vom Schlage eines Jacob Lorenz auch heute noch glauben, gegen die «Roten» hetzen zu müssen; wenn ein Duttweiler nicht müde wird, den November 1918 heraufzubeschwören und für seine durchsichtigen Parteizwecke auszuschlachten; wenn der Elefantenklub in seiner Manie, den «Wirtschaftsliberalismus» doch noch zu retten, nichts Gescheiteres zu fordern weiß, als daß die großen und vorbildlich geführten Staats- und Kommunalbetriebe wieder dem Chaos der «freien» Konkurrenz auszuliefern seien — dann gilt es, das Volk in

aller Offenheit vor solchen Totengräbern der schweizerischen Freiheit zu warnen. Ohne Umschweife sagen wir es diesen Herrschaften: Wenn unser Volk nach *euern* Wünschen umlernen sollte, dann wäre es schlimm bestellt um die Zukunft der Schweiz.

Darum machen wir das Volk mit allem Nachdruck auf die *Gefahr* aufmerksam, daß die Parole des Umlernens von den *alten* Interessengruppen aufgegriffen, mißdeutet und verfälscht werden könnte. Das darf nicht geschehen. Wer ehrlich auf die Vergangenheit zurückblickt und den kommenden Dingen ins Auge sieht, die sich aus der europäischen Umwälzung entwickeln werden, der kann über den Sinn einer *neuen* schweizerischen Politik nicht im Zweifel bleiben: er wird sehr bald merken, wo das Versagen liegt und wohin der neue Weg weist. Dem oben beleuchteten Beispiel von der alten und neuen *Arbeitspolitik* ließen weitere sich leicht anfügen. Es gilt für gewisse Köpfe, zu *lernen*, daß man nicht ungestraft die seit fünfzehn Jahren dem Volke verfassungsmäßig versprochene *Altersversicherung* als «fernen Traum» abtut. Es gilt zu lernen, daß ein Viermillionenvolk die Verheimlichung von zwanzig Milliarden Steuervermögen heute nicht mehr dulden kann. Es gilt, sich endlich abzuwenden von jener abgründigen Heuchelei, die von Volkssolidarität und sozialer Gerechtigkeit redet, dabei aber kein Wort und noch weniger eine *Tat* findet gegen die immer noch bestehenden schreienden politischen und sozialen Ungerechtigkeiten.

Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung hat sich nie gescheut, in den eigenen Reihen begangene Fehler festzustellen, neue Wege zu beschreiten und alles dem *höchsten* Ziele, der Freiheit der schweizerischen Demokratie und des schweizerischen Menschen, unterzuordnen. Sie hat aber auch, wie oben gezeigt, *dasjenige Umlernen, auf das es heute ankommt*, lange gefordert und erkämpft, bevor es in den Köpfen der obersten Landesbehörde und des Bürgertums zur Erkenntnis wurde.

Man dürfte darum endlich aufhören, das «Versagen» in ungeheuerlicher Verdrehung der Tatsachen der schweizerischen Sozialdemokratie in die Schuhe zu schieben und *ihr* vor allem die Umstellung zu predigen. Man kämpfe in dieser Zeit schwerer Not und Bedrängnis in *allen* Parteien und Gruppen auf dem Boden der Wahrheit. Man mache endlich Ernst mit dem *Opferbringen* für Arbeit und Freiheit. Dann ist das Notwendige, das menschenmögliche für die Sicherung der Schweiz getan.

Die Gemeindefinanzen vor neuen Aufgaben

Von Jakob Peter.

Das bundesrätliche Versprechen, dem Schweizervolk Arbeit unter allen Umständen zu beschaffen, koste es was es wolle, kommt einer Forderung entgegen, welche unsere Partei je und je erhoben hat. An uns liegt es jetzt, überall dafür einzustehen, daß dieses Versprechen im Sinne echter Volkssolidarität verwirklicht wird. Es ist vorauszu sehen, daß bei der Beschaffung der notwendigen finanziellen Mittel und der Verlegung der Kosten auf tragfähige Schultern mancherlei